Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Morgen-Ausgabe

107. Jahrgang

Bezugspreise: für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure 2 mal täglich ins Haus gebracht: 90 Pf. monatlich, 2.70 Mk. vierteljährlich. Bei unsern Filialen und Annahmestellen abgeholt: 75 Pf. monatlich, 2.25 Mk. vierteljährlich. Durch die Post: innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.00 Mk., ausschließlich Postbestellgeld. Das Leipziger Tageblatt erscheint 2mal täglich, Sonn- u. Feiertags nur 1mal. Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8. Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693 und 14694.

Anzeigenpreise: für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 5spaltige Petitzeile 25 Pf., die Reklamezeile 1 Mk., von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 Mk. Inserate von Behörden im amtlichen Teil die Petitzeile 50 Pf. Geschäftsanzeigen mit Platzvorschrift im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Beilagegebühr: Gesamtauflage 5 Mk. pro Tausend exkl. Postgebühr. Teilbeilage höher. Anzeigen-Annahme: Johannisgasse 8, bei sämtlichen Filialen und allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes. Berliner Redaktion: In den Zelten 9. Fernsprech-Anschluß: Amt Moabit Nr. 447.

Nr. 262. Dienstag, den 27. Mai. 1913.

Das Wichtigste.

* Das englische Königspaar hat am Montag dem Hofe von Mecklenburg-Strelitz einen Besuch abgestattet. (Siehe Pol. Uebers.)

* Der Reichstag nimmt am heutigen Dienstag seine Sitzungen wieder auf. (Siehe Dtsch. R.)

* In der Budgetkommission des Reichstags wurden bei Beratung der Wehrvorlage die Löhnungszuschüsse für Unteroffiziere usw. in den Reichslanden mit 18 gegen 10 Stimmen abgelehnt. (Siehe bes. Art.)

* Bulgarien hat das serbische Ersuchen, die Verträge einer Revision zu unterziehen, abgelehnt. (Siehe bes. Art.)

* Nach einer Londoner Depesche soll England die Insel Zypern endgültig annektiert haben. (Siehe Letzte Dep.)

Die Wiedergeburt der Türkei als asiatische Macht.

Von Dr. Freiherrn v. Mackay.

Je näher der Friedensschluß der Hohen Pforte mit den Balkanverbündeten rückt, desto gebieterischer drängt sich das Problem der asiatischen Türkei in den Vordergrund der weltpolitischen Bühne. Die Verhandlungen zwischen Berlin und London über die Bagdadbahnfrage erscheinen nur als Auftakt eines verwickelten Fugensatzes, bei dessen Spiel das „Konzert" der Vertragsmächte sich über mannigfaltigste spitze, heiße und reibungsgefährliche Machtfragen und Interessengegensätze zu verständigen haben wird. Bereits meldet Frankreich ein ganzes Bündel von Forderungen zum Teil sehr weitgehender Art an, und das harmloseste Gemüt merkt, wie der Köcher mit Pfeilen gespickt ist, die der russische herzlich befreundete Ententegenosse zugeschlossen hat. Nachdem das osmanische Reich als Großmacht aus Europa verschwunden ist, werden die Erbschleichereien um das asiatische Stammland lebhafter denn je.

Die theoretischen Ratschläge westeuropäischer Politiker zu dieser Prozeßsache bewegen sich gemeinhin auf folgender Linie. Zunächst wird festgestellt, daß die Amputation des „Kolonialreiches" in Afrika und auf der Hämushalbinsel nur einen formellen, nicht einen realen Verlust für die Türkei bedeute, da sie dies eroberte Land niemals wirklich besessen, sondern nur als eine tote Sache mit sich herumgeschleppt habe, daher denn auch alle aufrichtigen Freunde der Hohen Pforte schon Abdul Hamid den Rat gegeben hätten, freiwillig auf diese Reichsteile zu verzichten, damit sich aus dem verkleinerten und auf naturgemäße Grenzen zurückgeführten Staatswesen ein innerlich gesunder und daher kraftvoller nationaler Organismus entwickeln lasse. Daran schließen sich dann weitläufige Reformprogramme, die darlegen wollen, wie das Heilverfahren am besten in die Wege zu leiten sei. Es ist leicht einzusehen, daß all dergleichen Diagnosen über den Zustand und die Lebenszukunft des kranken Mannes wenig praktische Gegenwartsbedeutung haben. Vorab schon deshalb, weil der gesunkene Halbmond eben keineswegs ganz aus Europa verschwunden ist, sondern noch immer über Konstantinopel und einen kleinen, aber wichtigen thrazischen Brückenkopf leuchtet. Daraus bedingt sich die Fortwucherung zweier Uebel: eines militärischen und eines moralischen. Das Osmanentum hat nach wie vor auf dem Balkan eine Grenze zu schützen, die zwar um ein vielfaches kleiner als die frühere, dafür aber um so sicherer zu verteidigen, ja in ihrer ganzen offenen Erstreckung überhaupt nicht zu halten, sondern nur von den Flügeln nach Analogie der Verhältnisse am Schluß des Krieges zu decken ist. Und was an Verkürzung der Landgrenze gewonnen wurde, geht überdies doppelt verloren dadurch, daß die Verteidigungsstellen der Türkei zur See weit ungünstiger geworden ist, als früher durch die dreifache gegnerische Umflügelung des Reichszentrums und gleichzeitige Druckentwicklung gegen dasselbe vom Schwarzen Meer, von den Dardanellen und dem Kleinasien vorgelagerten Inselwall her. Kurz, der Staat ist strategisch keineswegs erleichtert, wird vielmehr nach wie vor sich gezwungen sehen, die Anstrengungen für Heer und Flotte allen anderen dringlichsten kulturwirtschaftlichen Aufgaben voran zu setzen. Die andere offenbleibende und weiterschwärende Wunde heißt Konstantinopel. Das alte Byzanz mit seinem Charakter einer reizvollen, wollüstigen Schönen, die den Mann in ihre Leidenschaftsumstrickungen bannt und von ernster Arbeit abzieht, ist schon mehr Völkern tötliches Gift gewesen als dem osmanischen, und dessen unverantwortliche Anwälte haben leicht raten, die Stadt solle kurzweg als Residenz preisgegeben, der Reichsmittelpunkt nach Brussa, oder noch weiter südlich, nach Damaskus oder Aleppo verlegt werden. Eine solche durchschlagende Operation wäre wohl möglich gewesen in den Zeiten des Absolutismus durch einen weisen und zugleich rücksichtslosen Kalifen und Padischah; wie aber soll ein derartiger Schritt jetzt geschehen, da ein vielköpfiges Ministerium mit Hunderten von Trabanten, ein parlamentarisches Heer mit tausend Parteigängern und einem Troß von Cliquen und Klubs am Goldenen Horn sich angesiedelt und mit mannigfaltigsten Interessen sich verankert hat, und jede Verlagerung des politischen Schwergewichtspunktes notwendig zu endlosem Parteihader führen müßte?

Wenn jemals, so sollte man heute nicht des Weisheits- und Wahrheitswortes Moltkes vergessen: „Rat und Beistand sind der Türkei von allen Seiten und immer wieder geboten worden, mehr selbst, als sie davon gebrauchen konnte, und aus jeder Hilfeleistung ging sie schwächer hervor, als sie in der Not gewesen war, die den Beistand veranlaßte." Noch weniger darf übersehen werden, daß es den Jungtürken, die 1909 triumphierten, als Staatsretter und Volksbeglücker sich aufspielten und tatsächlich nur Unglück über ihr Vaterland heraufbeschworen haben, gewiß nicht an großzügigen Reformideen und ebensowenig an ernstem Reformwillen gefehlt hat. Die Wiedergeburt des türkischen Staats ist eine Frage der Erneuerung aus den sittlichen und geistigen Grundkräften, die es in der geschichtlichen Vergangenheit großer Sultane erhöht haben und deren Goldblick noch heute im verworfenen Gestein jahrhundertelangen Verfalls durchschimmert; also ein Kulturproblem, dessen Lösung stille Erziehungsarbeit am Werden und Wachsen von Menschengeschlechtern erfordert. Die politische Aufgabe der Mächte, die ehrliche Freunde der Türkei sind, kann es zunächst nur sein, dem Reich eine gewisse Lebensatmosphäre der Ruhe zur Erholung und pfleglichen Behandlung seiner siechen Organe und moralischen Energie zu sichern.

Militärisch bedingt die Forderung vor allem Konzentration der Kräfte. Der genügende Schutz der Grenzen Enos—Midia und der armenischen Front gegen Rußland belasten die zusammengebrochene Türkei mehr als genug; kommen dazu wie ehedem einige Unruhen in den entfernten Reichsteilen, insbesondere in der arabisch-indischen und persischen Machtsphäre, so muß der Druck von der Peripherie aus genau wie bislang lähmend auf Herz und Lunge des Staates wirken. Es ist zu hoffen und wäre zu wünschen, daß die Verhandlungen über die Lösung des Bagdadbahnstreits auch auf diese Frage sich ausweiten und einen allgemein endgültigen Vergleich über die britischen Ansprüche in Aegypten, am Roten Meer und Persischen Golf herbeiführen, um hier klare Machtverhältnisse zu schaffen und die ewig beunruhigenden Reibungsflächen stumm zu machen. Das einfachste, wirksamste und den wohlverstandenen Interessen aller Vertragsmächte dienliche Mittel zum Schutz des Osmanischen Reichs von der Seeseite her aber ist offenbar die Gewährleistung der offenen Tür, der unbedingten Handelsfreiheit und Gleichheit sowohl im Mittelmeerverkehr (einschließlich der Dardanellen- und Bosporusdurchfahrt) als auch in der gesamten Levante und in allen nordafrikanischen Randgebieten, die europäische Mächte beherrschen, um so ein Gleichgewicht der Mächte herzustellen, dessen neutralisierende Wirkung der Türkei Ruhe sicherte, und dessen wirtschaftliche Antriebskräfte ihr zugleich tausend Quellen frischen Lebens und Vorwärtsstrebens aufschlössen. Damit ist aber sofort an ein weiteres heikles Reorganisationsproblem gerührt. In fast ganz Westasien geht heute alles drunter und drüber. Es herrscht Anarchie, gemäßigt durch das Jawasch, das Trägheits- und Gemütlichkeitsprinzip des Orientalen. Die türkische Bevölkerung selbst fängt an, an jeder Rettung unter dem Konstantinopler Regiment zu verzweifeln und ruft die europäische Hilfe herbei, die sie ehedem als nationale Schmach verfemte. Es fehlt jede Rechtssicherheit der Person und des Eigentums; aber nicht nur heute, sondern überhaupt; man möchte sagen gesetzmäßig entsprechend Rechtsgewohnheiten, die dem Unrecht Kränze flechten. Wie soll ein türkisches Gemeinwesen jemals erblühen und wie soll der europäische Kulturpionier mit Lust und Liebe an die Arbeit gehen, wenn selbst für noch so viel Bakschisch kein wirklich zuverlässiger Besitztitel zu erlangen ist? Der Grundfehler der ganzen Reformmethoden wird hier nur zu deutlich sichtbar. Es sei daran erinnert, daß die Hohe Pforte in Armenien zu denselben Reformen wie in Mazedonien sich verpflichtet, doch aber so wenig wie hier etwas getan hat, weil die Mächte stets mit papiernen Versprechungen sich begnügten, auf deren Einlösung in ihrer Eifersucht und Ränkepolitik aber niemals drangen; das einstige Trapezuntische Reich hat daher beste Aussichten, ein tödlicher Dorn unter dem osmanischen Panzer zu werden, wie es der mazedonische Hexenkessel war, wenn der europäische Areopag seine Taktik fortsetzt, hochfliegende Reorganisationsentwürfe aufzustellen, ohne auf die fundamentalen Bedingungen für deren Ausführung zu achten.

Was Deutschland an die Seite des Osmanenreiches trieb, waren nicht sentimentale Zuneigungen, sondern die Erkenntnis unbeugsamer geschichtlicher Notwendigkeiten, die heute deutlicher denn je offenbar sind. Als Bindeglied zwischen dem zentralen Europa und dem mittleren und ferneren Osten hat die Türkei unweigerlich eine Mission gleich großer politischer wie kultureller Bedeutung zu erfüllen, und ihr Zusammenbruch müßte zu unabsehbaren Katastrophen und Zusammenstößen der Weltmächte führen, daher denn auch von der vielberedeten „Liquidation der asiatischen Türkei" es desto stiller wird, je näher man der Möglichkeit ihrer Auflösung ins Auge zu sehen hat. So kann die Türkei nicht fallen, weil ihr Sturz in einer Gleichgewichtserschütterung ganz Europa sich auswirken müßte. Soll nun aber ein wirklich wetterfestes Bollwerk als Wacht auf der Riesenfestlandbrücke zwischen dem Indischen und dem Mittelmeer erstehen, dann muß entschieden mit der bisherigen Kurpfuscherei des europäischen Doktorenkollegs gebrochen und eine geschlossene Organisation abendlicher Hilfsarbeit und Aufsicht für das ganze Reich geschaffen werden, deren Kraft sich nicht im Vielerlei von Teilreformen erschöpft, sondern die festen, unbiegsamen Willens sich begnügt, den Aufbau eines modernen Rechtsstaates zu sichern: dann möchte endlich, endlich die türkische Frage, die jahrhundertelang Europa in Atem gehalten und ihm unendlich viel Blut und Geld gekostet hat, allmählich einer glücklichen Entscheidung entgegengeführt werden.

Zur Lage auf dem Balkan.

Der serbisch-bulgarische Vertrag.

Sofia, 26. Mai. Der serbische Gesandte Spalaikowitsch gab gestern die amtliche Erklärung ab, daß Serbien eine Revision des serbisch-bulgarischen Vertrages wünsche. Wie an kompetenter Stelle verlautet, wird die bulgarische Regierung darauf antworten, daß Bulgarien unbedingt auf der Einhaltung des Vertrages bestehe und eine Revision des Vertrages ablehne.

Die Konferenz der serbischen Parteiführer über die auswärtige Lage.

Belgrad, 26. Mai. Wie verlautet, gab Ministerpräsident Pasitsch bei der gestrigen Konferenz der Parteiführer ein Exposé über die allgemeine auswärtige Lage. Er soll mitgeteilt haben, daß die Regierung den Parteiführern ein schriftliches Exposé über die serbisch-bulgarischen Streitfragen heute zur Information für die Parteien zustelle.

Die Pariser Finanzkonferenz.

(Von unserer Berliner Redaktion.)

⊙ **Berlin**, 26. Mai.

Wie wir vernehmen, soll die Pariser Finanzkonferenz nicht eher zusammentreten, als bis der Vorfriede unterzeichnet ist.

Türkische Fürsorge für die mohammedanischen Flüchtlinge.

Konstantinopel, 26. Mai. Das Amtsblatt veröffentlicht ein Gesetz zur Aufnahme einer durch Forsteinnahmen gedeckten Anleihe von drei Millionen Pfund. 500 000 Pfund sollen zur Ernährung und Beförderung der mohammedanischen Flüchtlinge in der Provinz, 2½ Millionen zu Anschaffung von Ackerbaugeräten und Samen, sowie für den Bau von Wohnungen, nötigenfalls auch zum Ankauf von Grundstücken für die Flüchtlinge verwendet werden.

Schlacht zwischen Griechen und Bulgaren?

Saloniki, 26. Mai. Nach hierher gelangten Meldungen sollen die Bulgaren die griechischen Stellungen vor Sochos angegriffen und die Griechen zurückgedrängt haben. Die Verluste der Griechen sollen gering sein.

Die Wehrvorlage in der Budgetkommission.

(Fortsetzung aus der gestrigen Abendausgabe.)

Bei Kapitel 29

Medizinalwesen

begründete ein Nationalliberaler eine Resolution, Vorsorge zu treffen, daß die in Friedenszeiten während der aktiven Dienstzeit oder während einer Uebung verstorbenen Militärpersonen auf Verlangen der Angehörigen zur Beerdigung kostenlos in die Heimat übergeführt werden. Mit dieser Resolution wurde zusammen folgender von Zentrums- und nationalliberaler Seite eingebrachter Antrag beraten, für den genannten Zweck sowie ferner zum Besuche erkrankter Militärpersonen durch die Angehörigen 100 000 ℳ einzusetzen.

Hiermit erklärte der Kriegsminister sein grundsätzliches Einverständnis, aber nach sozialer und wirtschaftlicher Lage seien doch Verschiedenheiten zu berücksichtigen, die sich nicht so schnell übersehen ließen und auch zunächst die Zustimmung der verbündeten Regierungen erforderten.

Der Schatzsekretär gab die Berechtigung der Anträge zu, die indes die Frage nicht klärten, wie die Ueberführung zu gestalten sei, welches Maximum an Kostenaufwand zu verwenden sei usw.

Ein Zentrumsredner sprach sich für Ausschaltung der Bedürfnisfrage in diesem Falle aus.

Ministerialdirektor Herz fragte, ob die Resolution alle Militärpersonen oder nur Unteroffiziere und Mannschaften umfassen solle.

Ein Zentrumsredner erklärte, solche Unterschiede dürften nicht gemacht werden, es dürfe auch nur eine Art des Transportes geben.

Gegen die von einem sozialdemokratischen Abgeordneten geäußerte Auffassung von leichtsinniger Gesetzesmacherei, die den anderen Parteien Motive unterschiebe, die für diese nicht in Betracht gekommen seien, erhob ein nationalliberaler Redner scharfen Protest.

Ein Zentrumsredner erklärte, die vorliegenden Anträge seien durchaus spruchreif und etatrechtlich korrekt.

Ein sozialdemokratischer Abgeordn hielt demgegenüber den Wortlaut der Resolutio zu dehnbar.

Die nationalliberale Resolution wurde gezogen und der erwähnte Antrag des trums und der Nationalliberalen m der Aenderung angenommen, daß die Bestim mung nur auf Unteroffiziere und Mannschaften anwendbar sei.

Hierauf trat eine Frühstückspause ein.

Nach der Pause nahm die Budgetkommission Kapitel 30—33 ohne Debatte an, Kapitel 34 mit einem Zentrumsantrag, die zu freien Urlaubsreisen der Mannschaften in die Heimat geforderte Summe von 800 000 ℳ zu verdoppeln und auf die Unteroffiziere auszudehnen, um jedem eine jährlich einmalige freie Hin- und Rückfahrt zu ermöglichen. Kapitel 35—41 wurden genehmigt.

Auf die Anregung eines Fortschrittlers antwortete Generalleutnant Wandel, eine Verkürzung der Ausbildungszeit des Offizierersatzes werde in keiner Weise stattfinden. Die Ausbildungszeit bei der Truppe wie die Kriegsschulzeit blieben bestehen.

Zum Kapitel „Einmalige Ausgaben" erklärte der Kriegsminister, die

Bekanntgabe der neuen Garnisonen

könne nur mit allem Vorbehalt geschehen, da die endgültige Bestimmung noch nicht überall feststehe und dem Kaiser das Dislokationsrecht zustehe. Auf Anfrage eines sozialdemokratischen Abgeordneten gab der Kriegsminister Gesichtspunkte über die Auswahl der Garnisonen, die im allgemeinen bereits durch Art und Zweck der Truppenteile gegeben sei, und erläuterte dies. Naturgemäß sei es notwendig gewesen, in Verhandlungen mit den Gemeinden einzutreten, dabei sei aber der finanzielle Stand der Gemeinden wohl im Auge behalten worden, damit später Rückschläge vermieden würden.

Nach längerer Debatte wurden Titel 1—2[illegible] willigt.

Titel 29 verlangt 570 000 ℳ Löhnungszuschüsse für Unteroffiziere bei den Truppen in Elsaß-Lothringen, die der Berichterstatter zu streichen beantragt.

Generalleutnant Wandel verteidigte die Forderung. Es seien nicht nur die allseitig anerkannten materiellen Gründe, sondern auch Gründe militärischer Art, die die Bewilligung dieser Zulage zur Notwendigkeit machten. Für andere Beamtenklassen sei sie bereits bewilligt bzw. in Aussicht genommen.

Ein Zentrumsredner erklärte, der Hinweis daß die Leute an der Grenze davor bewahrt werden müßten, gewissen feindlichen Einflüsterungen nachzugeben, sei hinfällig, denn die paar Mark böten keinen Schutz, dieser müsse vielmehr in sittlichen Grundsätzen liegen.

Der Kriegsminister bat nochmals im Interesse der militärischen Notwendigkeit, die politischen Rücksichten in diesem Falle zurückzustellen und für die Armeekorps unserer Westgrenze die Zulage zu bewilligen, die für die Truppenteile eine Hilfe bedeute, die dringend erforderlich sei. Auch Generalleutnant Wandel betonte nochmals die Bedeutung für das Unteroffizierkorps und gab längere Darlegungen darüber, wie schwierig die Lebenshaltung im Elsaß sei. Der württembergische, der bayrische und der sächsische Bevollmächtigte zum Bundesrat unterstützten die Ausführungen der Regierung durch eingehende Darlegungen, die sie zum Teil in ihren Dienststellungen selbst aufs deutlichste kennen gelernt hätten.

Ein Zentrumsredner bestritt, daß das Leben im Reichsland teurer sei als im Durchschnitt des Reiches, und fragte, ob es kein anderes Mittel gebe, etwa vorhandenen Mißständen entgegenzutreten. Der Grenzschutz dürfe in keiner Weise geschädigt werden.

Kriegsminister v. Heeringen erwiderte, die Mittel seien unzureichend und deshalb sei die Regelung durch die Zulage dringend notwendig, damit nicht den Truppenteilen allzu große Schwierigkeiten in der Ausbildung erwüchsen. Ebenso wiesen Generalmajor Wenninger und Generalleutnant Wandel nochmals an der Hand von Beispielen nach, mit welchen schweren Lebensbedingungen die Unteroffiziere dort zu kämpfen hätten.

Ein nationalliberaler Redner stellte fest, daß das Leben in den reichsländischen Städten wirklich teurer sei, als in den meisten anderen Städten.

Ein Elsässer bestätigte die Verteuerung mancher Artikel, die er als eine Folge der großen Truppenanhäufungen bezeichnete. Der Mangel an Kapitulanten erkläre sich aus der geringen Militärfreundlichkeit der Bevölkerung. Man möge die elsässischen Truppen im Lande lassen, dann werde auch der Mangel an Kapitulanten geringer werden.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter aus dem Elsaß betonte, andere Verwaltungen, so die Post- und die Reichseisenbahnverwaltung, hätten bestritten, daß die Lebenshaltung im Reichslande teurer sei, als anderswo.

Ein polnischer Redner wies darauf hin, daß mit genau den gleichen Argumenten die Ostmarkenzulage begründet worden sei.

Darauf lehnte die Budgetkommission die angeforderten 570 000 ℳ als Löhnungszuschüsse für Unteroffiziere usw. bei den Truppen in Elsaß-Lothringen (Westmarkenzulage) mit 18 gegen 10 Stimmen der Konservativen, der Nationalliberalen und einiger Fortschrittler ab.

SLUB
Wir führen Wissen.